

* AUS DEM INHALT *
S. 3: VORSTAND.
S. 4: GRUSSWORT ZUM INTERNATIONALEN FRAUENTAG
S. 6 VÖLKERRECHTSWIDRIGE ANGRIFFE AUF IRAN SOFORT BEENDEN!
S. 6: OSTERMÄRSCH
S. 8: WICHTIGE TERMINE

Europa braucht jetzt den Mut zum Frieden – ein Mahnruf zum 4. Jahrestag des Ukrainekrieges

Die Welt erlebt derzeit einen der tiefgreifendsten geopolitischen Umbrüche seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs – einen Umbruch, in dem die Europäische Union kaum noch als gestaltende Kraft wahrgenommen wird. Damit riskiert sie, zum großen Verlierer dieser globalen Neuordnung zu werden.

Denn die EU befindet sich heute in der wohl schwierigsten Lage seit ihrer Gründung. Im Osten steht sie vor einem zunehmend aussichtslosen Ukrainekrieg; im Süden führt Israel, einer ihrer engsten Partner, mehrere militärische Konflikte, die es nicht mehr gewinnen kann. Zugleich befindet sich die transatlantische Allianz durch ihr perspektivloses Engagement an der Seite der Ukraine vor einer Zerreißprobe. Während Russland die ständige Neutralität der Ukraine und die Angliederung der sicherheitspolitisch und geostrategisch bedeutenden Gebiete in der Ostukraine fordert, wollen die USA die amerikanische Hemisphäre ausweiten, indem sie nach dem strategisch wichtigen Grönland ihres NATO-Verbündeten Dänemark greifen. Im Iran droht ein völlig unkontrollierbarer Krieg, der die europäische Nachbarregion des Mittleren Ostens auf Jahre in Unruhen versinken lassen würde. Und mit China, der aufstrebenden globalen Macht, findet die EU keinen stabilen Modus der Zusammenarbeit. Die neue Staatengruppe der BRICS-plus-Staaten, die der EU inzwischen demografisch, wirtschaftlich und technologisch überlegen ist, wird von Europa fahrlässig ignoriert.

Die Europäische Union ist nicht zuletzt durch den Ukrainekrieg geschwächt und in der Machtarithmetik der großen Mächte zurückgefallen. Noch dazu, weil Europas strukturelle Probleme der sicherheits- und energiepolitischen sowie technologischen Abhängigkeit den weltpolitischen Einfluss zusätzlich mindern. Und die Sanktionen gegen Russland haben unsere Verwundbarkeit offengelegt, interne Divergenzen verstärkt und zentrifugale Kräfte befeuert.

Diese Entwicklungen haben bereits heute gravierende geopolitische und wirtschaftliche Folgen – Folgen, die Sicherheit und Wohl-

stand kommender Generationen nachhaltig beeinträchtigen werden. Dennoch fällt der EU und – mit wenigen Ausnahmen – ihren Mitgliedstaaten kaum etwas anderes ein, als mit leeren Drohungen, selbstschädigenden Sanktionen und einem überhasteten, extrem teuren Aufrüstungsprogramm zu reagieren. In einer Zeit, die nüchterne Analyse und besonnenes Handeln erfordern würde, versinkt Europa in Selbstgerechtigkeit und Selbstüberschätzung und ist gefangen in einem moralisierten Informationskrieg, das den Blick auf die Realität verstellt.

Wir Europäer – und das schließt alle nicht zur EU gehörenden Staaten, inklusive Russland, unseres Kontinents ein – müssen endlich den Mut aufbringen, einen neuen Weg zur Selbstbehauptung und zum Frieden zu suchen. Dazu muss sich die EU, als größte politische Gemeinschaft Europas, aus ihrer selbst auferlegten moralischen Zwangsjacke befreien, die sie daran hindert, mit einem Gegner überhaupt zu sprechen. Sie muss beginnen, sich den neuen Realitäten zu stellen, um der Diplomatie eine echte Chance zu geben.

Die vorrangige Priorität muss jetzt ein Frieden auf dem europäischen Kontinent sein. Die Europäische Union und Russland werden auch in Zukunft auf dem europäischen Kontinent zusammen – oder zumindest nebeneinander – leben müssen. Wie wir Europäer dieses Verhältnis unter uns gestalten, wird entscheidend dafür sein, wie gut und sicher wir und kommende Generationen in Europa leben können. Für beide Seiten ist daher das Verhältnis zueinander von grundlegender Bedeutung. Aufgrund ihrer geografischen Lage und ihrer begrenzten Rohstoffbasis ist die EU auf ein stabiles und friedliches Verhältnis mit Russland vermutlich noch stärker angewiesen als umgekehrt.

Wenn wir in Frieden zusammenleben wollen, müssen wir das tun, was wir in den vergangenen vier Jahren konsequent abgelehnt haben: mit Russland über eine friedliche Lösung des Ukrainekrieges zu verhandeln. Denn nur so schaffen wir die Voraussetzung für eine dauer-

hafte gesamteuropäische Sicherheits- und Friedensordnung im Interesse aller Europäer.

Inzwischen sind – trotz der weiterhin von Kriegsrhetorik geprägten Sprache vieler europäischer politischer Eliten – erste leise Signale zu hören, dass auch eine Verhandlungslösung in Betracht gezogen werden sollte. So stellt der deutsche Bundeskanzler nach vier Jahren Krieg doch noch fest, dass auch Russland ein europäisches Land sei, mit dem man einen Ausgleich anstreben sollte. Die italienische Ministerpräsidentin und der französische Präsident fordern, dass Europa wieder direkte Gespräche mit Russland führen müsse, um an einer möglichen Friedenslösung im Ukraine Konflikt mitzuwirken. Meloni fordert zudem, dass die EU einen Sondergesandten ernannt, damit man mit einer Stimme spreche. Konkrete Schritte fehlen jedoch bislang; Friedensvorschläge gibt es auch nicht. Zu viele glauben noch an einen baldigen Zusammenbruch der russischen Militärmacht und hoffen, dass die Ukraine den Krieg doch noch auf dem Schlachtfeld gewinnen könne.

Mit dem detaillierten Vorschlag zu Friedensverhandlungen, den wir gemeinsam mit Horst Teltschik, Peter Brandt, Hajo Funke und Johannes Klotz erarbeitet haben, wollen wir hier einen Beitrag leisten. In dem kürzlich von uns veröffentlichten Dokument „Ukraine und Russland: Wie dieser Krieg mit einem Verhandlungsfrieden beendet werden kann“ legen wir präzise Vorschläge zu den Rahmenbedingungen möglicher Verhandlungen vor: zur Lösung territorialer Fragen, zur Rolle der NATO und einer möglichen Neutralität der Ukraine, zu Sicherheitsgarantien, zur künftigen Stärke der ukrainischen Armee sowie zu einem Friedensvertrag und einem Waffenstillstand. Darüber hinaus entwickeln wir Ansätze für eine regionale Sicherheitsarchitektur und eine zukünftige europäische Friedensordnung – ohne die es auch keinen tragfähigen Friedensvertrag für die Ukraine geben kann.

Im Folgenden möchten wir auf drei zentrale Voraussetzungen für erfolgreiche Friedensverhandlungen eingehen, die in unserem Vorschlag implizit enthalten sind.

Es muss eine Atmosphäre der Verständigung geschaffen werden

Das größte Problem der EU und ihrer Mitgliedstaaten besteht darin, dass sie heute in ihrer eigenen Kriegspropaganda gefangen sind. Öffentliche Aussagen, in denen der russische Präsident mit Hitler verglichen wird, „Russland wird immer ein Feind für uns bleiben“, Russland „aus der Geschichte getilgt“ werden könne, der russische Staat zerschlagen und in unabhängige Einheiten aufgeteilt werden müsse, sind Äußerungen, die von blindem Hass zeugen und eher typisch für Verlierer sind. Aber Hass ist ein schlechter Ratgeber und ist völlig ungeeignet, wenn man ernsthaft Friedensverhandlungen anstreben möchte.

Solange westliche Politiker glauben, Russland durch eine beliebige Verlängerung des Krieges in die Knie zwingen zu können, sind Verhandlungen nicht möglich. Dieser Glaube ist zudem gefährlich. Nach dem Rückzug der USA verfügen die europäischen NATO-Staaten – die sich untereinander nicht einmal einig sind – weder über die finanziellen noch über die militärischen Mittel, um einen solchen Kurs durchzuhalten. Es könnte eine Situation entstehen, in der die Verteidigung der ukrainischen Streitkräfte zusammenbricht. Das wäre unbedingt zu verhindern, denn ein militärischer Zusammenbruch würde unweigerlich auch einen politischen Zusammenbruch der Ukraine nach sich ziehen. Der ukrainische Staat wäre dann kaum noch überlebensfähig. Deshalb brauchen wir **jetzt Verhandlungen!**

Unter den gegebenen militärischen Voraussetzungen müssen wir Verhandlungen daher auch als Chance für die Ukraine begreifen, eine militärische Niederlage zu verhindern. Das erfordert eine grundlegende Veränderung unserer Haltung gegenüber der ukrainischen Regierung und gegenüber Russland. Wer einen Verhandlungsfrieden anstrebt, muss auch seine Sprache ändern. Diplomatische Bemühungen setzen Respekt, Zuhören und die Bereitschaft zum Verstehen voraus – gerade gegenüber dem Kriegsgegner. Das ist so bei allen diplomatischen Bemühungen, einen Krieg zu beenden, und der Ukrainekrieg bildet keine Ausnahme.

Die durch den Krieg geschaffenen Realitäten dürfen nicht länger ignoriert werden

In der EU wird der Ukrainekrieg überwiegend durch eine moralische Brille betrachtet. Gewiss: Jeder Krieg ist unmoralisch. Doch in Kriegen geht es nicht um moralische Kategorien, sondern ausschließlich um gegensätzliche Interessen. Diese nüchterne und für viele irritierende Einsicht ist für ernsthafte Friedensverhandlung unverzichtbar.

Kriege entstehen, wenn zentrale Interessen – insbesondere solche, die von einer oder beiden Seiten als existenziell betrachtet werden – politisch oder diplomatisch nicht mehr ausgeglichen werden können. Auch im Ukrainekrieg gilt Clausewitz' Feststellung: „Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.“ Denn Krieg ist kein autonomes oder aus-

schließlich militärisches Geschehen, vielmehr bleibt auch im Krieg das politische Ziel handlungsleitend. Da Umfang, Intensität und vor allem auch die Beendigung eines militärischen Konflikts stets an der politischen Zielsetzung ausgerichtet sind, dürfen Politik und Diplomatie in einem Krieg nicht suspendiert werden.

Wer Frieden will, sollte sich daher davor hüten, an Maximalforderungen festzuhalten. Forderungen, Russland müsse zuerst alle besetzten Gebiete räumen, hohe Reparationen zahlen, seine politischen Führer vor ein Sondergericht stellen und jede Einwendung gegen eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine aufgeben oder gar die Stationierung von Truppen aus NATO-Staaten auf ukrainischem Gebiet akzeptieren, würden faktisch auf eine Kapitulation Russlands hinauslaufen. Der Kriegsverlauf hat jedoch eine andere Realität geschaffen. Die Lage der Ukraine ist äußerst kritisch. Sollte Russland seine Ziele durch eine militärische Niederlage der Ukraine erreichen, würde das bedeuten, dass Verhandlungen – falls es überhaupt dazu kommt – von russischen Forderungen ausgehen würden. Denn in allen Kriegen bestimmt der Sieger die Agenda – das wird auch hier nicht anders sein.

Verhandlungen sollten auf eine positive Friedensperspektive hin ausgerichtet sein

Wenn der Krieg militärisch nicht mehr zu gewinnen ist, bleiben nur Verhandlungen, um eine noch akzeptable Lösung zu erreichen. Es geht dann darum, durch diplomatischen Interessenausgleich Bedingungen zu finden, die auch für die unterlegene Seite tragbar sind. Die Geschichte kennt viele Beispiele, in denen dies gelungen ist – und die Ukraine verfügt über hervorragende Diplomaten.

In unserem Friedensvorschlag nennen wir daher drei übergeordnete Verhandlungsziele, auf die sich alle Beteiligten im Vorfeld einigen sollten. Sie gehen von einer gemeinsamen Verantwortung Russlands und der EU für eine unabhängige, stabile und souveräne Ukraine sowie für die zukünftige Sicherheit und den Frieden in Europa aus. Es handelt sich daher vorrangig um gesamteuropäische Friedensziele:

1. Die Sicherung des Fortbestands der Ukraine als souveräner, unabhängiger und funktionsfähiger europäischer Staat – und die Wiederherstellung einer Zukunftsperspektive für die Bevölkerung nach vier Jahren eines grausamen Krieges.

2. Den Grundstein einer gesamteuropäischen Sicherheits- und Friedensordnung zu legen, die sowohl die Sicherheitsinteressen Russlands als auch jene der Ukraine berücksichtigt.

3. Darauf aufbauend die Ausarbeitung konkreter Lösungen für die zentralen Konfliktpunkte, sodass der Krieg bei ausreichender Kompromissbereitschaft beider Seiten beendet werden kann.

Da sich in diesen Verhandlungen, wie bei allen Friedensverhandlungen, zutiefst verfeindete Kriegsparteien gegenüber sitzen werden,

könnte man durch die gemeinsame Festlegung positiver Friedensziele auch eine positivere Verhandlungsatmosphäre erzeugen. Es wird sicherlich weiterhin darum gestritten werden, wie diese Ziele erreicht werden. Aber so sind es nicht mehr Verhandlungen zwischen Sieger und Verlierer, sondern Verhandlungen darüber, wie ein gemeinsames Europa mit einer EU und einem Russland und mit einem souveränen ukrainischen Staat in dessen Mitte aussehen sollte. Diese Ziele hätten einen weiteren Vorteil: Sie stünden amerikanischen Friedensbemühungen nicht entgegen, sondern würden sie durch eine eigenständige europäische Verhandlungsschiene sinnvoll ergänzen. So könnten dann auch amerikanische Interessen mit denen Europas zusammenfließen. Das Ergebnis wäre sicherlich ein viel stabilerer und zukunftsweisender Frieden – aber ein noch verstocktes Europa muss das auch mitmachen wollen.

Ein kurzer Nachgedanke zu Deutschland

Die deutsche Regierung scheint in der EU eine Führungsrolle anzustreben, und der Bundeskanzler hat dies auch im Hinblick auf den Ukrainekrieg deutlich gemacht. Deshalb wäre es sinnvoll, wenn Deutschland auch eine Führungsrolle bei der Suche nach einer friedlichen Lösung übernehme. Das Grundgesetz ist eine Friedensverfassung. Die Präambel weist den verantwortlichen Politikern die Richtung: Deutschland soll „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt dienen“.

Deutschland ist der mit Abstand größte finanzielle Unterstützer der Ukraine und sollte ein Interesse daran haben, dass seine milliarden-schweren Unterstützungszahlungen für den Aufbau der Lebensgrundlagen des schrecklich geschundenen ukrainischen Volkes und nicht für Waffen und weitere Zerstörungen ausgegeben werden. Es würde Deutschland den Zugang zu den Rohstoffen und Märkten des wirtschaftlich aufstrebenden Asiens eröffnen. Die in einen Abwärtsstrudel geratene deutsche Wirtschaft würde am meisten von einem kooperativen Verhältnis mit Russland gewinnen. Hinzu kommt eine besondere historische Verantwortung. Deutschland stand Russland im Ersten und Zweiten Weltkrieg, im Kalten Krieg und steht ihm nun erneut als Gegner gegenüber. Gerade deshalb muss es möglich sein, einen anderen Weg zu finden – und zwar aus Deutschlands ureigenem Interesse. So wie Deutschland und Frankreich einst ihre sogenannte Erbfeindschaft überwinden, sollte Deutschland heute danach streben, auch im Verhältnis zu Russland eine dauerhafte Verständigung zu erreichen. Ein solcher Schritt könnte endlich den Frieden sichern, den der von zahllosen Kriegen zerrissene europäische Kontinent so dringend braucht.

Wir hoffen, dass wir mit unserem Friedensvorschlag einen kleinen Beitrag dazu leisten können.

Von Harald Kujat und Michael von der Schulenburg
www.nachdenkseiten.de/?p=146246, 13.2.2026

Vorstandssitzung am 18.03.2026

Die Berichte der Landesbeauftragten wiesen auf eine Vielzahl differenzierter und vielschichtiger Aktivitäten in den TIG hin. Im Mittelpunkt standen politische und gesellschaftliche Veranstaltungen zur weiteren Entwicklung und Festigung der TIG, zur Unterstützung des Friedenskampfes und zu gesellschaftlichen Höhepunkten wie der Internationale Frauentag. Es wurde sichtbar, dass die Vorbereitung kommender Gedenktage und Aktivitäten wie der Elbetag in Torgau, der Tag der Befreiung am 08. Mai, der 85. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion und die Teilnahme an den Ostermärschen fester Bestandteil der Planungen der TIG sind. Zustimmung fanden Aktivitäten der Weiterführung des politischen Kampfes gegen das Rentenunrecht mit nachsetzenden Schreiben an Bundestags- und Landtagsabgeordnete. Die Informationen der Landesbeauftragten zeigten Fortschritte in der Weiterführung der Maßnahmen zur Stabilisierung personeller Veränderungen in den Führungen der TIG.

Die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung der Vertreterkonferenz ist weiter fortgeschritten und verläuft planmäßig entsprechend den Festlegungen der Checkliste. Der Vorstand befasste sich mit den zentralen Dokumenten der Vertreterkonferenz, dem Bericht des Vorstandes an die Delegierten, der Entschließung und der Führungskonzeption des Vorstandes für die Jahre 2026 bis 2030. Nach ausführlicher Beratungen wurde diesen Dokumenten als Beschlussvorlage für die Vertreterkonferenz zugestimmt. Der Vorstand bedankt sich bei allen Mitgliedern, die in der vorab durchgeführten Diskussion zur Führungskonzeption ihren konstruktiven Beitrag eingereicht haben. Diese Vorschläge fanden Eingang in den Aussagen und Inhalten der Konzeption. Es wurde weiterhin festgelegt, dass die TIG bis zum 30. April 2026 eine offizielle Einladung zur Vertreterkonferenz mit den entsprechenden organisatorischen Schwerpunkten erhalten. Als eine der Maßnahmen zur Weiterführung des Kampfes gegen das Rentenunrecht wurde entschieden, dass der Vorstand ein weiteres Schreiben an den Bundeskanzler richtet, welches mit Nachdruck erneut auf die juristischen und politischen Aspekte des

Rentenunrechts hinweist und die Wahrnehmung seiner Verantwortung für eine politische Lösung einfordert. Es ist vorgesehen, dieses Schreiben als Forderung der Vertreterkonferenz zu verabschieden. Der Vorstand gab im Zusammenhang mit den Wahlen in Sachsen-Anhalt, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern den TIG in diesen Ländern die Empfehlung, mit geeigneten eigenen Maßnahmen unseren Rentenrechtskampf öffentlich zu machen und politisch Nachdruck zu verleihen. Der Vorstand gab Orientierungen zur Unterstützung und Beteiligung auf politische und gesellschaftliche Veranstaltungen und historische Ereignisse. Von besonderer Bedeutung sind die Veranstaltungen zum Tag der Befreiung am 08./09. Mai, die Veranstaltung „Parlamentarische Demokratie und Friedensfrage“ am 27. Juni 2026 in Leipzig, der 80. Jahrestag des Vereinigungspartietages von KPD und SPD, der 85. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion und die am 07.10.2026 stattfindende Alternative Einheitsfeier des OKV. An den genannten Veranstaltungen wird sich ISOR aktiv beteiligen.

Gerald Böhm, Stellv. Vorsitzender



AUS UNSEREN TIG



Gemütliches Beisammensein zum Internationalen Frauentag

Traditionell hatte die TIG Chemnitz aus Anlass des Weltfrauentages die weiblichen Vereinsmitglieder wie auch Lebensgefährtinnen der Vereinsmitglieder zu einer kleinen Feier eingeladen. Ein kleines Dankeschön für ihre Lebensleistung

und als Zeichen, dass nicht alle Frauen auf diesem Erdball den Frauentag in dieser Form begehen können. Einig waren sich alle Teilnehmer darüber: „Das“ könnte öfter sein.

Heinz Krummey, TIG Chemnitz

Liebe Freunde und Genossen,

Danke für die Information zur Beratung vom 16.12.2025. Unser Kampf sollte und muss unbedingt weitergeführt werden. Auch wenn es offensichtlich im Lande selbst keine Zustimmung irgendwelcher Parteien dafür gibt. Eurer Einschätzung, das die „LINKE“ über viele Jahre lang konsequent Gesetzesvorlagen dazu eingebracht hätte, kann ich nicht zustimmen. Dass uns einzelne Politiker dieser kleinbürgerlichen Partei unterstützen ist gut. Von dieser Partei, gar konsequent, kann tatsächlich nur in der Vergangenheit gemeint sein. Oder KI hat hier halluziniert.

Mir ist deutlich in Erinnerung, dass der damalige thüringische MP, Hr. R., extra nach Berlin kam, um zur Rentendebatte zu sprechen. Unser Problem hat er nicht einmal in einem Halbsatz erwähnt. Entsprechende Äußerungen von R. über uns und unseren Staat möchte ich ungern wiederholen. Ich erwarte auch keine Unterstützung von Leuten, welche die DDR als Terrorstaat bezeichnen.

Mit solidarischen Grüßen

Volker Liebscher, TIG Berlin-Lichtenberg 1

Grüsse zum 115. Internationalen Frauentag aus Polen



Grzybowo, 04.03.2026

Liebe Anja,

mit diesem Schreiben möchte ich Dir viele Grüße zum 115. Jahrestag der Gründung des Internationalen Frauentages senden und diese Veranlassung nutzen, um Dir für Deine tolle Arbeit im Rahmen von der Aufrechterhaltung der Traditionen der DDR zu danken. Ich persönlich habe die Fürsorge von Anja und Bernd Mewes zu meinem 90. Geburtstag erfahren, als sie plötzlich vor meiner Haustür in Grzybowo/ Polen standen, um von ISOR die Glückwünsche zu überbringen. Mein Schock war groß und das Erstaunen über die Fürsorge noch größer.

Liebe Anja, ich freue mich, dass wir jetzt Freunde sind und gute, persönliche Kontakte haben, die durch weitere zwei Kontakte mit Frauen aus dem friedenspolitischen- Bereich vergrößert wurden!! Danke!!

Nach dem Lesen von ISOR aktuell Nr. 2, war ich von den Beiträgen der Verfasser, Generalmajor a.D. Heinz Engelhardt, Joachim Bonatz, Vors. von ISOR e.V., Generalmajor a.D. Dr. Wellschmied, Gerdt Puchta und eigentlich von allen Beiträgen begeistert. Ich freue mich jeden Monat auf die Zeitungen und bedanke mich ganz herzlich für´s Schicken.

Im Fernsehen, Radio, Zeitungen erfährt man ja nur die halbe, keine Wahrheit und jetzt alles über die Kriegsvorbereitungen. Das Letztere habe ich als Kind, Jugendliche unter den Nazis live gehört und dann war der Krieg da! Das stimmt mich alles traurig, ängstlich und besorgt – was wird aus den Menschen und der Welt!?

Ich habe mein Leben in der DDR gelebt, hatte keine Angst, wurde ausgebildet, erlebte Kultur und Freundschaft, Solidarität und beteiligte mich aktiv am gesellschaft-

lichen Leben auf allen Gebieten. Wie sieht das jetzt aus in der „ach so demokratischen deutschen Bundesrepublik“? Alles geht den „Bach“ runter! Menschlichkeit spielt im Leben der Bundesbürger kaum eine Rolle mehr. „Das Geld beherrscht die Welt!“

Ich bin froh, dass ich hier in meinem kleinen Paradies wohne, die Nachbarn sich verstehen und noch Nachbarschaftshilfe besteht. Durch die Kontakte aus der NVA-Zeit und zur polnischen Armee hat sich eine Gruppe gebildet, bestehend aus Kolberger Bürgern und meiner Familie, die regelmäßig anlässlich von Geburtstagen, Namenstagen und für uns wichtigen Nationalfeiertagen zusammen feiern. Das ist nun schon 40 Jahre Tradition. Seit 5 Jahren wird auf meiner Terrasse im Juni gegrillt mit Wurst und Fleisch aus Thüringen, auch in diesem Jahr.

Anja, mich möchte dem Bundeskanzler und der Regierung eine Frage stellen. Mich berührt als Zeitzeugin: „Werde ich als „Vorbefraht“, ohne je einen Prozess gehabt zu haben, mit Straffrente in das Grab einziehen? Das bewegt mich sehr!! Ich sehe mich als Opfer der BRD! Laut Gesetz ist eine Verurteilung ohne Schuldbeweis global nicht möglich bzw. rechtskräftig.“ In der BRD ist aber alles möglich! Jeder Staat hat seinen Geheimdienst, auch die BRD! Man spricht häufig in den Kommentaren / Medien von den „Diensten“, was sie alles herausfinden und veröffentlichen – das wurde aber schon immer gemacht! Das eine DDR auch so etwas benötigte, wird heute als Verbrechen und verfassungsfeindlich eingestuft – welch ein Hohn!

Ich war viele Jahre im MfS tätig und arbeitete in der HA I und als solche als Dolmetscherin / Russisch. Meine sowjetischen Chefs trugen durch den Umgang mit mir dazu bei, dass sich bei mir ein fester Klassenstandpunkt herausbildete und der Kampf um den Erhalt des Friedens eine Hauptaufgabe darstellte und für mich immer noch darstellt. Nach zwei Weltkriegen sollten das doch alle Bürge so sehen und die Kriegspropaganda und Kriegsvorbereitung strikt ablehnen und bekämpfen. Aber leider sind es zu wenig, die ihre Stimme gegen die Kriegstreiber und Kapitalisten/ Imperialisten erheben.

Ich merke jetzt ganz deutlich, was wir als ehemalige DDR-Bürger verloren haben. Ich sehe die DDR immer noch als meine Heimat an und vertrete diesen Standpunkt überall. Die BRD ist nicht mein Staat, den ich mit der Waffe in der Hand verteidigen würde.

So, meine Lieben, jetzt habe ich ein wenig schriftlich mit euch geplaudert. Das Wetter ist schön, die Zeilen schrieb ich draußen in der Sonne. Ich fahre jetzt nach Kolobrzeg, um den Brief an der Post abzugeben. Er soll pünktlich zum 115. Jahrestag in Anjas Händen sein.

Verlebt einen schönen 8. März, ich habe eine Freundin eingeladen, und wir machen uns einen schönen Mittag/ Nachmittag. Vielen Dank für die rote Rose, ich trage sie stolz und für alle sichtbar an meinem Busen. Alle meine vorhandenen Gedanken, Grüße und Wünsche schicke ich zu euch.

Elvira

9.3.2026

Russland serviert dem Golf-Kooperationsrat und Indien ein kaltes Gericht*

Russland reagiert auf Appell der Golfstaaten, Druck auf den Iran auszuüben

Das Sprichwort „Rache ist ein „Gericht, das man am besten kalt serviert. Es stammt aus dem Französischen („La vengeance se mange froide“) und tauchte im 19. Jahrhundert in der englischen Literatur auf. Die meisten Amerikaner kennen den französischen Ursprung des Sprichworts nicht... Es fand dank Star Trek Eingang in die Populärkultur. „In Star Trek II: Der Zorn des Khan (1982)“ sagt Khan Noonien Singh diesen Satz während eines spannungsgeladenen Videoanrufs mit Admiral Kirk: „Ah, Kirk, mein alter Freund ... kennst du das klingonische Sprichwort? `Rache ist ein Gericht, das am besten kalt serviert wird.`“ Und im Weltraum ist es sehr kalt. Während sich der Krieg gegen den Iran weiter verschärft, befindet sich Russland in einer mächtigen Position gegenüber dem Golf-Kooperationsrat (GCC), der sich den Vereinigten Staaten unterworfen hat und es den USA ermöglicht hat, den Persischen Golf im Namen Israels militärisch zu dominieren, und gegenüber Indien, das seine langjährige Freundschaft mit Russland ausgenutzt hat, um sich auf Kosten des BRICS-Mitglieds Iran in widerwärtiger Weise Israel anzubiedern. Russland hat beiden eine deutliche diplomatische Botschaft übermittelt.

Weiter über Link:

<https://seniora.org/politik-wirtschaft/politik/russland-serviert-dem-golf-kooperationsrat-und-indien-ein-kaltes-gericht>

Von Larry Johnson

Resolution des IPPNW-AK „Süd-Nord“

Abkehr vom Feindbild Russland – für eine neue Entspannungspolitik

Arbeitskreis „Süd-Nord“
Berlin, 04.12.25

Als friedenspolitischer Arbeitskreis der Deutschen Sektion der Internationalen Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) fordern wir von der Bundesregierung eine neue Entspannungspolitik sowie die Förderung auch zivilgesellschaftlicher Aktivitäten zur Völkerverständigung mit Russland. Und appellieren an die ganze Gesellschaft: Um einen Weg heraus aus der Eskalationsspirale und zur Beendigung des Ukrainekrieges zu eröffnen, greift es zu kurz, im Chor mit Regierung und Medien immer wieder einseitig nur den russischen Einmarsch in die Ukraine von 2022 anzuklagen, den auch wir als Bruch des Völkerrechts sehen. Vielmehr wenden wir uns klar gegen jede Form von Völkerrechtsbruch! In Wahrnehmung der historischen Mission der IPPNW, der Verhütung des Atomkrieges, und der Kernziele des Leitbilds unserer deutschen Sektion, fordern wir daher:

- Der Ukrainekrieg kann und muss jetzt beendet werden – durch Respektierung nicht nur der ukrainischen, sondern auch der russischen Sicherheitsinteressen. Denn die weitere Eskalation dieses Krieges kann rasch in einen offenen Krieg der NATO mit Russland münden, und damit in einen Welt- und Atomkrieg!
- Dazu gehören zuvorderst die Abkehr von dem Plan, die Ukraine in die NATO aufzunehmen, und die verbindliche und dauerhafte Festschreibung ihrer Neutralität
- sowie die Bereitschaft zu Kompromissen von beiden Seiten, auch von westlicher – etwa was den Status der Krim betrifft (als Basis der russischen Schwarzmeerflotte) sowie der Ostukraine mit ihrer überwiegend russischstämmigen Bevölkerung und Kultur
- Sicherheit lässt sich in unserer von Atomwaffen und zunehmend auch von „künstlicher Intelligenz“ bedrohten Welt nicht durch gewaltsamen Ausbau der westlichen Dominanz, sondern nur gemeinsam herstellen: Sicherheit neu denken!
- „Gemeinsame Sicherheit“ heißt: Rückkehr zum Prinzip der Charta von Paris, in der zur Beendigung des Kalten Krieges 1990 festgeschrieben wurde: „Sicherheit ist unteilbar, und die Sicherheit jedes Teilnehmerstaates ist untrennbar mit der aller anderen verbunden.“
- Dies bedeutet auch die Einsicht, dass Sicherheit in unserer modernen Welt, in der uns die Zerstörungspotenziale der Waffen längst über den Kopf gewachsen sind, nicht

durch weitere Vergrößerung dieser Potenziale herstellbar ist, sondern nur durch ein neues Denken, das Kommunikation und Vertrauensbildung an die erste Stelle setzt. Bewährte Formate wie die UN und die OSZE sind hierfür zu reanimieren und zu stärken.

- Rückkehr zum Völkerrecht – die UN-Charta gilt für alle, für Russland wie auch für den Westen!
- Respektierung und Förderung der Multipolarisierung der Welt durch nicht-militärische Bündnisse wie die BRICS statt gewaltsamer Erhaltung der westlichen Hegemonie. Insbesondere hat die NATO nichts in Ostasien zu suchen – schon allein der NATO-Vertrag widerspricht diesen Plänen, denen jetzt eine klare Absage zu erteilen ist. Auch die BRICS-Initiativen zur Beendigung des Ukrainekrieges sind uns willkommen!

- Rückkehr auch zum Rüstungsbegrenzungs- und kontrollregime mit dem der Kalte Krieg beendet wurde – vor allem: Rettung des New-Start-Vertrages über die Reduktion der strategischen Atomwaffen, der andernfalls Anfang 2026 ersatzlos ausläuft; Wiederbelebung des 2019 von Trump gekündigten INF-Vertrages, der Mitteleuropa von den atomaren Mittelstreckenwaffen befreit hatte, statt Stationierung neuer US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland 2026; Beitritt Deutschlands zum Atomwaffen-Verbotsvertrag (TPNW), statt die in Deutschland stationierten US-Atomwaffen für Milliarden aus Steuergeldern zu modernisieren.

- Hilfreich für die Vertrauensbildung sind auch zivilgesellschaftliche Aktivitäten wie Städte-, wissenschaftliche und kulturelle Partnerschaften, die durch die „Zeitenwende“ gecancelt wurden – hier ist ein Umdenken und eine schrittweise Wiederherstellung erforderlich.

Das beschriebene Umdenken wird nicht nur die Bedrohung der Welt durch Krieg, Atomkrieg und Völkermord eindämmen, das Klima schützen und Millionen von Menschen vor Flucht und Vertreibung bewahren. Sondern es wird auch unserem eigenen Land ganz direkten Gewinn bringen: Denn der Wegfall der ruinösen Hochrüstung für 5% des BIP, die Mittel in der Höhe von fast 50% des Bundeshaushalts verschlingt und dazu Berge von Zinsen, die für BlackRock & Co. bestimmt sind, wird Geld für Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, Eisenbahn und Klimarettung freisetzen, die unser Land so dringend braucht.

Erläuterung dieser Initiative:

Ein ernsthafter Ansatz zur Beendigung des Ukrainekrieges erfordert zuallererst eine Umkehr des Denkens:

Zum einen die Erkenntnis, dass Kriege fast immer am Verhandlungstisch enden. Sowie die Bereitschaft, unsere eigene, westliche Rolle bei der Herbeiführung des Konflikts zu sehen: Indem wir die Verletzung der russischen Sicherheitsinteressen durch die wortbrüchig seit Jahren vorangetriebene NATO-Ostexpansion erkennen. Und vor allem, indem wir diesen Kurs jetzt korrigieren, indem die NATO und ihre führenden Mitgliedsstaaten, inkl. Deutschlands, die Aufnahme der Ukraine in die NATO endlich ausschließen, und zwar dauerhaft. Die Idee, mittels des Putsches von 2014 die westliche Hegemonie auf die Ukraine auszudehnen und die Krim als Standort der russischen Schwarzmeerflotte dem NATO-Territorium einzuverleiben – mit dem Ergebnis, die Ukraine in einen Pro-EU/NATO-Teil und einen prorussischen Teil zu spalten – hat sich als katastrophaler Fehler erwiesen. Hinzu kam der Bruch des Minsk-II-Abkommens durch Präsident Selenskyjs Dekret Nr. 117 von 2021 zur Rückeroberung von Krim und Donbas – was der Westen tolerierte, ja förderte. Sowie die vertane Chance von Istanbul gleich zu Beginn des Krieges, ihn mit einem Kompromissfrieden zu beenden – dem die NATO bei ihrem Brüsseler Gipfel im März 2022 eine Absage erteilte – bekräftigt durch die Entsendung von Boris Johnson nach Kiew, um Selenskyj von der Unterzeichnung abzuhalten.

Die Wiederherstellung des zerstörten Vertrauens in westliche Zusagen erfordert nun ein Aufgreifen der positiven Signale aus den USA durch ein klares Verständigungsangebot an Russland auch seitens des europäischen Teils der NATO einschließlich Deutschlands.

Und die Abkehr vom Kurs der „Kriegstüchtigkeit“, also der horrenden Vergrößerung der bereits bestehenden konventionellen NATO-Überlegenheit (siehe Greenpeace-Studie 2024) – der mit der Steigerung der Rüstungsausgaben von 2% auf 5% des BIP verfolgt wird sowie mit der Aufstellung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland, die Angriffs- und Erstschlagswaffen sind und Moskau fast keine Vorwarnzeit mehr lassen. ... Weiterlesen:



<https://isor-sozialverein.de/wp-content/uploads/2026/03/Dez.-2025-Abkehr-von-Russland-fuer-eine-neue-Entspannungspolitik.pdf>

Völkerrechtswidrige Angriffe auf Iran sofort beenden!

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Israels und der USA gegen den Iran ist auf das schärfste zu verurteilen und durch nichts zu rechtfertigen. Er hat bereits einen Flächenbrand ausgelöst, der sich auf die komplette Golfregion auszuweiten droht bis hin zu einer atomaren Eskalation, welche die Existenz der ganzen Welt bedroht, und das wegen der israelischen und US-Atomwaffen. Der Iran verfügt nach Einschätzung der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) und des US-Gheimdienstes derzeit nicht über ein aktives Atomwaffenprogramm.

Nur wenige Stunden, nachdem der omanische Außenminister erklärt hatte, der Iran habe einer vollständigen Einstellung der Urananreicherung zugestimmt, bombardierte Israel umgehend Teheran, und die USA schlossen sich dem Angriff sofort an. Das zeigt, dass es nie um Atomwaffen ging und der US-Präsident entweder von Netanjahu beeinflusst ist oder den Krieg aus innenpolitischen Gründen aufgrund der anstehenden Zwischenwahlen nutzt.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich wie Spanien und Norwegen klar und unmissverständlich für ein sofortiges Ende der israelischen und US-Angriffe einzusetzen. Stimmen wie von Kiesewetter, Merz, Starmer, Macron u.a. nach einem Kriegseintritt Großbritanniens, Deutschlands, Frankreichs oder anderer EU-Staaten an der Seite der Aggressoren Israel

und den USA sind aufs schärfste zurückzuweisen! Wenn EU-Regierungen und -Leitmedien den Überfall auf andere Länder, die Ermordung von Staatsführern, Wissenschaftlern und Kindern decken anstatt zu verurteilen, tragen sie zum Verfall von Völkerrecht und Rechtsaat bei. Alle Staaten müssten jetzt das Einhalten des Gewaltverbots einfordern.

Atomwaffen sind durch den Atomwaffenverbotsvertrag grundsätzlich als illegale Massenvernichtungswaffen geächtet. Laut dem Atomwaffensperrvertrag, den der Iran unterzeichnet hat, hat der Staat das Recht, Atomenergie für friedliche Zwecke zu nutzen. Wenn es um Sicherheit für die Region und auf der Welt geht, muss man alle vorhandenen Atomwaffen abrüsten. Hier muss bei den israelischen Atomwaffen begonnen werden für eine atomwaffenfreie Zone Nahost. Solange Waffen produziert werden, besteht die Gefahr, dass sie eingesetzt werden. Aufrüstung bringt keine Sicherheit, sondern die Eskalationsspirale in den Krieg. Wie sich durch die Bombardierung einer Schule in der Südiranischen Provinz Hormusgan gleich am ersten Tag gezeigt hat, trägt jeder Krieg Kriegsverbrechen in sich wie die Wolke den Regen. Noch ein Grund, warum Kriege, also gewaltsame Konfliktaustragung, auf jeden Fall zu vermeiden sind und Konflikte durch Dialog, gegenseitigen Perspektivwechsel und Interessensausgleich in Verhandlungen gelöst

werden müssen. Das gerade praktizierte „Recht des Stärkeren“ gehört in die Steinzeit und wird uns auch wieder in sie zurückführen, wenn wir dem nicht sofort Einhalt gebieten.

Wir als deutscher Friedensrat stehen zu unserem Versprechen nach dem Zweiten Weltkrieg „Nie wieder Krieg!“. Wir tragen die gemeinsame Verantwortung für die zukunftsweisende Transzendierung der grausamsten Gewalterfahrung der Weltkriege, die mit der Charta der Vereinten Nationen gelang: durch friedliche Mittel und nach den Grundsätzen des Interessensausgleichs internationalen Streitigkeiten beizulegen. Dabei muss die Souveränität und Selbstbestimmung von Staaten ebenso geachtet werden wie die Gleichheit vor dem Recht. Regime Changes von außen sind völkerrechtswidrig, haben bereits Irak, Libyen und Syrien in Chaos und Staatszerfall gestürzt und sind grundsätzlich zu verurteilen.

Rückfragen an: Isabelle Casel: i.casel@deutscherfriedensrat.eu

Deutscher Friedensrat e.V.
Franz-Mehring-Platz 1, 10423 Berlin
e Mail: deutscher-friedensrat@web.de
www.deutscherfriedensrat.eu



Unterstützt die Ostermärsche!

Der Bundesausschuss Friedensratschlag und die Kooperation für den Frieden wünschen sich viele Menschen, die zu Ostern bei Demonstrationen und anderen Aktionen für eine friedliche Welt werben.

Bonn und Frankfurt a.M., 23. März 2026

Die beiden deutschen Netzwerke unterschiedlicher Friedensorganisationen, teilen die Ablehnung von Krieg und Militarismus. Ihre Empathie gilt insbesondere den vielen zivilen Opfern kriegerischer Auseinandersetzungen. Unsere Entrüstung müssen wir auf die Straße tragen!

Unsere Ostermarsch-Aktionen sollen eine Bevölkerung zum Mitmachen motivieren, die die Folgen der maßlosen Hochrüstung in Form von Kürzungen in allen sozialen Bereichen erlebt. Wir wenden uns an die jungen Menschen, die durch unbegrenzte Neuverschuldung für Militär und Kriegs-Infrastruktur, durch eine Wehrpflicht und die Vernachlässigung der Klimakatastrophe belastet werden.

Die Militarisierung der Gesellschaft ergreift Bereiche wie das Gesundheitswesen, Bildung, Forschung, Infrastruktur und andere.

Das Mitläufertum der Bundesregierung bei

den Angriffen auf Iran und andere Länder in Westasien durch Israel und die USA lehnen wir entschieden ab. Keine der kriegführenden Staaten hat das Recht, zivile Ziele anzugreifen. Gehen wir für ein anderes Deutschland auf die Straße!

Wir wollen in einem Land leben, das sich mit zivilen Mitteln für eine friedliche Welt stark macht. Diplomatie, Interessensausgleich und Völkerverständigung müssen die Grundpfeiler für Frieden in Europa und in der Welt sein.

Wir wollen in einem Land leben, in dem alle Menschen willkommen sind, insbesondere wenn sie vor Krieg oder Kriegsdienst fliehen.

Wir fordern die Aufrechterhaltung der Errungenschaften des Völkerrechts einschließlich der universellen Menschenrechte. Diese Errungenschaften müssen ausgebaut und dürfen nicht missachtet werden.

Wir fordern einen entschlossenen diplomatischen Einsatz der Bundesregierung für ein Ende des Krieges gegen Iran und die anderen Kriegsschauplätze in Westasien, die Ukraine, im Sudan und alle weiteren Kriege.

Wir sehen die Gefahr des Atomkriegs, die wahrscheinlich nie so hoch war wie heute und

BERLINER OSTERMARSCH

2026

Samstag 4. April 2026 - 13 Uhr

Mauerpark/Oderberger Straße

Demonstration für Frieden



KRIEGSTÜCHTIG UND SIEGFÄHIG?

ABBAU DES SOZIALSTAATS?

UN-CHARTA IN DEN MÜLL?

NICHT IN UNSEREM NAMEN!!!

doch von vielen heruntergespielt wird.

Tragen wir gemeinsam unsere Entrüstung über die Eskalation der „Kriegstüchtigkeit“ und unsere gemeinsamen Ziele auf die Straße!

Kommt zum Ostermarsch!
Bundesausschuss Friedensratschlag und die
Kooperation für den Frieden



Bruno Kern
148 Seiten,
14,5 × 20,5 cm,
Klappenbroschur
ISBN 978-3-96317-
435-3 (Print) 16,00 €
ISBN 978-3-7552-
1011-5 (ePDF) 12,99 €
ISBN 978-3-7552-
1012-2 (ePUB) 12,99 €

© Büchner-Verlag, Marburg, erschienen am
21. Januar 2026.

Wenn wir uns noch eine geringe Chance be-
wahren wollen, die Überlebenskrise der
Menschheit zu bewältigen, dann müssen wir
uns zugleich von jeder militärischen Logik
radikal verabschieden. So lautet die zentrale
These, die Bruno Kern hier vertritt. Allein aus
ökologischen Gründen können wir uns Rüs-

tung, Militär und Krieg gar nicht mehr leisten.
Auch »militärische Verteidigung« führt sich an-
gesichts der Zerstörungskraft der heutigen Waf-
fen selbst ad absurdum.

Anhand einer gründlichen Analyse des Ukrai-
nekrieges entlarvt der Autor die dahinter ste-
henden geopolitischen Interessen und stellt die
»Lüge von der Zeitenwende« bloß. Er setzt sich
mit den wichtigsten Gewaltmythen und belli-
zistischen Ideologien auseinander und entwik-
kelt eine pazifistische Ethik auf der Höhe der
Zeit. In deren Zentrum steht die Unüberbiet-
barkeit des einzelnen Menschenlebens.

Der Autor führt uns exemplarisch auch in die
jüdisch-christliche Tradition ein. Das »subver-
sive Unterlaufen der Gewalt« in der Bergpredigt
hat eine säkulare politische Entsprechung: So-
ziale statt militärische Verteidigung als einzige
sicheres Antwort auf einen Aggressor.



**Herausgeber: Der
Politikchronist e.V.**
Seitenzahl der Print-
Ausgabe: 286 Seiten
ISBN-10: 3985860971
ISBN-13: 978-
3985860975
24,90 Euro

Dr. Alexander Neu
gehört zu der Grup-
pe von Politikern, welche offensichtlich für den
heutigen Politikbetrieb überqualifiziert sind.
Mit eigenen Ideen, mit einem hervorragenden
Verständnis für Geschichte, und einem guten
Gespür für die Folgen politischer Entscheidun-
gen, kommentiert Neu seit seinem Ausscheiden
aus dem deutschen Bundestag und der Links-
partei mit scharfer Feder deutsche und euro-
päische Politik. Er legt Finger in Wunden, die
von den üblichen Medien zugesperrt werden,
zeigt deutlich die Fehler auf, und erklärt Altern-
ativen, die leider nicht zur Anwendung kamen.
Als Gastautor der Nachdenkseiten ist Alexander
Neu heute Teil eines alternativen Aufklärungs-

netzwerkes, das versucht, den Menschen, welche
durch die Massenmedien indoktriniert wurden,
aber nun angesichts der Zustände zunehmend
Fragen stellen, Antworten zu liefern. Mit Fakten,
Erklärungen der Geschichte und Lösungsan-
sätzen, welche der Konsens der politischen Eli-
te nicht zu denken wagt. Menschen die sich am
Kopf kratzen und nicht verstehen, was passiert,
erhalten hier die Möglichkeit, sachlich und dip-
lomatisch zurückhaltend aufgeklärt zu werden.
Dieses Buch deckt seine Kommentare zu politi-
schen Ereignissen in den Jahren 2024 bis Januar
2026 ab. Ereignisse, welche Menschen in Europa
besonders bewegen, und für die in den Massen-
medien keine oder falsche Erklärungen geliefert
werden. Das Buch dient auch dazu, späteren Ge-
nerationen aufzuzeigen, dass „man“ sehr wohl wuss-
te, was passierte, was man hätte tun sollen, aber
dies eben von den die Macht ausübenden politi-
schen Parteien nicht beachtet wurde.

Rezension: aus amazon.de

*** TERMINE ***

- 03.-06.04.26 Bundesweite Ostermärsche
- 19.04.26 Konzert Ernst-Busch-Chor
- 25.04.26 Elbe-Day – „Nie wieder“
- 08./09.05.26 Gedenkveranstaltungen zum
Tag der Befreiung
- 20.06.26 Kundgebung zu 80 Jahre des
Überfalls auf die Sowjetunion
„Russland ist nicht unser Feind“
- 27.06.2026 80. Jahrestag des Vereinigungs-
parteitages von KPD und SPD
- 27.-28.08.26 Festival 25 Jahre „Musik statt
Krieg“ mit Tino Eisbrenner
- 07.10.2026 Alternative Einheitsfeier

Vorsitzender: Joachim Bonatz
Postanschrift: ISOR e. V.
Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin

Herausgeber: ISOR e. V.
Vi.S.d.P.: Steffen Haupt
Redaktion: Steffen Haupt
E-Mail: isor-aktuell-redaktion@t-online.de
Vertrieb: Bernd Hartmann,
isor-finanz-stat@t-online.de

Layout: Ulrike Schiga,
LibelleDeko
Herstellung: MediaService
Internet: www.isor-sozialverein.de

ISOR aktuell dient der Information
von Mitgliedern der ISOR e. V. und
interessierten Bürgern und kann nicht
bei Behörden als rechtsverbindliche
Auskunft benutzt werden. Bei nament-
lich gekennzeichneten Beiträgen sind

Impressum

die Autoren für deren Inhalt verant-
wortlich. Die Redaktion behält sich
Sinn wahrende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 12.03.2026
Print- & Internetausgabe: 31.03.2026
**Redaktionsschluss der
nächsten Ausgabe:** 16.04.2026

Geschäftsführerin: Anja Mewes
Di: 9-16 Uhr
Mi: nach telefon. Vereinbarung
Tel.: 030 297843-16
Fax: 030 297843-20
E-Mail: isor-berlin@t-online.de

Rente/Soziales: Steffen Haupt
Tel.: 030 297843-19
E-Mail: hauptsteffen@gmx.net

Schatzmeister und Statistik:
Bernd Hartmann (Home-Office)
Di: Bürottermine und nach tel.
Vereinbarung

Mi: 8-16 Uhr
Tel.: 03338- 750 76 92
Fax: 03338- 750 76 91
E-Mail: isor-finanz-stat@t-online.de

AG Soziales und Betreuung:
Florian Münter
Telefon: 0151 - 41 46 65 51
Email: isor-sozialebetreuung@t-online.de

Buchhaltung: Sonja Franz,
Mo-Do: 8-15 Uhr
Tel.: 030 297843-19
E-Mail: isor-finanz2@t-online.de

Bankverbind.: Berliner Sparkasse
Empfänger: ISOR e.V. Berlin
IBAN: DE43 1005 0000 1713 0200 56
BIC: BELADEBEXXX